

Gescheit täglich mit Ausgabe der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementpreis für Danzig monatl. 30 Pf.
Räglich frei ins Haus,
in den Höfeleien und den
Spedition abgezahlt 20 Pf.
Vierteljährlich
so Pf. frei ins Haus,
so Pf. bei Abholung.
Durch alle Postanstalten
1,00 Mtl. pro Quartal und
Briefträgerbefehlsgeld
1 Mtl. 40 Pf.
Sprechstunden der Redaktion
11-12 Uhr Vorm.
Kettwigerstrasse Nr. 4.

XVI. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.
Organ für Jedermann aus dem Volke.

Die Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel an den Volksschulen.

Die Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel ist eine alte Forderung. Schon im Jahre 1848 wurde diese Frage in den Provinzial-Lehrerconferenzen von Preußen und Pommern erörtert, und schon damals forderten die Vereine, „dass die Lehr- und Lernmittel aus öffentlichen Räumen anzuschaffen seien“. In der That ist die Unentgeltlichkeit in vielen Gantionen der Schweiz durchgeführt; in Frankreich ist sie durch das Schulgesetz von 1881 festgelegt, aber nur wenige große Gemeinden haben sie eingeführt; in den Vereinigten Staaten Nordamerikas finden wir gleichfalls Lehrmittelfreiheit, ja selbst in einigen kleinen preußischen Gemeinden und im Kreischaulsichtungsbezirk in der Eifel ist sie durchgeführt.

Rürlich beschäftigt sich nun auch der Berliner Lehrerverein mit dieser Frage. Lehrer Fehner hält über diese Frage einen längeren Vortrag. Der Referent führte aus, dass sich die Berechtigung dieser Forderung ergebe aus der Stellung der Schule überhaupt. Je höhere Aufgaben man der Volksschule zuwende, desto sicherer müsste ihre materielle Ausgestaltung sein, und so seien die Schullästen nach und nach dem Einzelnen ab- und von der Gesamtheit übernommen worden. Holzgeld, Schulgeld, Tintengeld und dergleichen seien nach und nach verschwunden. Diese Entwicklung entspräche auch der sozialen Gerechtigkeit. Es ertheile heute auf den verschiedensten Gebieten unseres Volkslebens als eine Pflicht der Gesamtheit, die wirtschaftlich Schwächeren zu unterstützen; die Bildung sei ein Gemeingut, sie liege im Interesse der Gesamtheit, folglich hätte diese überall einzutreten, wodurch Mangel bemeckbar machen. Aus der Statistik über die Erwerbsverhältnisse und die Einkommensverhältnisse der Eltern der Volksschüler ergiebe sich zweifelsohne, dass der größte Procentfach davon nicht in der Lage sei, in wünchenswerther Weise für die notwendigen Lehr- und Lernmittel der Kinder zu sorgen. Nun werde zwar behauptet, dass den Bedürftigen ja bereits freie Lehrmittel gewährt werden, darin möge man fortfahren und vielleicht diese und jene Erleichterung in der Feststellung der Bedürftigkeit eintreten lassen. Allein gegen eine solche Art und Weise sprächen volkspädagogische Gründe. Es sei unmöglich, die Wohlthaten zu genähren, ohne einen großen Theil der Eltern zu beschämen. Viele Eltern verzichten lieber auf eine Wohlthat, als dass sie sich bloßstellen, und viele kleine Beamten, denen die Anschaffung der Lehrmittel schwer würde, müssten schon mit Rücksicht auf ihre Behörden, die doch immer gut zu bezahlen meinten, darauf verzichten. So dann sprächen rein pädagogische Gründe dafür, dass alle Kinder vom ersten Unterrichtstage an im Besitz der Lehrmittel seien. Für den Unterricht gehe viel Zeit verloren, wenn die Kinder erst im Verlaufe von mehreren Wochen nach und nach mit den nötigen Sachen ausgerüstet seien, und die Handhabung der Disciplin werde dem Lehrer dadurch keineswegs erleichtert. Die Erfahrungen in der Schweiz zeigten, dass die Lehrmittelfreiheit hierin außerordentliche Vortheile bringe. Auch das erziehliche Element dürfe nicht außer Acht gelassen werden. Heute würden viele Kinder, deren Eltern die Lehrmittel nicht sogleich beschaffen könnten, aus falschem Schamgefühl zur Lüge verleitet, sie mächteten allerlei Ausflüchte, um sich vor der Klasse nicht bloßzustellen. Wohl sage man, dass bei der heutigen Handhabung der Sache auf die Kinder insofern erziehlich eingewirkt werde, als die Liebe zum Eigentum gepflegt werde, aber dem steht doch die viel gröbere erziehliche Einwirkung gegenüber, dass den Kindern im Falle der Lehrmittelfreiheit der Respect vor dem Eigentum der Gesamtheit beigebracht werde. Wenn jedes Kind ein rechter Verwalter fremden Eigentums werde, so sei gerade für unsere Zeit damit viel gewonnen. Nach den sehr genauen Berechnungen von Linnert-Nürnberg betrügen die Kosten pro Kind und Jahr 2,50 Mtl.

Nachdem der Redner dann noch die Einwände gegen die Lehrmittelfreiheit beleuchtet, nahm die Versammlung eine Resolution mit großer Mehrheit an, welche nach der „Preuss. Lehrer-Ztg.“ folgenden Wortlaut hat: „Die ungünstige wirtschaftliche Lage vieler Gantionen der Bevölkerung drängt dazu, die geschichtliche Entwicklung des Schulwesens in der Richtung fortzusetzen, dass die durch die (preußische) Verfassung gewährleistete Unentgeltlichkeit des öffentlichen Unterrichts über die Aufhebung des Schulgeldes hinaus fortgeführt und durch die kostenlose Abgabe der Lehrmittel (Bücher und Schulmaterialien) ergänzt wird. Aus volks- und schulpädagogischen Gründen erklärt sich der Berliner Lehrerverein für die unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel an alle Schüler der Volksschule ohne Einschränkung und erwartet, dass bei der Auswahl und Einführung der Lehrmittel der Lehrerschaft eine geordnete Mitwirkung eingeräumt werden wird. Er hofft, dass die Schulverwaltung der Hauptstadt wie seinerzeit bei Aufhebung des Schulgeldes so auch hier auf dem Gediele der Lehrmittelfreiheit thätiger vorangehen wird.“ Der Verein will für diese Angelegenheit durch die Presse und durch eine Denkschrift weiter aufklärend wirken.

Politische Tageschau.

Danzig, 26. Juni.

Abgeordnetenhaus.

Der Verlauf der gestrigen Berathung der Interpellation über die Berliner Frühbörse hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass die Agrarier

selber einsehen, wie sie mit ihrer Verhüngs-politik in eine Sackgasse gerathen sind. Ihre Verlegenheit wußten sie kaum zu bemüthen und auch der von ihnen angeschlagene Ton war hier und da merklich gedämpfter als bei ähnlichen früheren Anlässen. Der Handelsminister Bresfeld sprach sehr verständlich; ob seine Erklärung aber im Stande sei werden, einer Verständigung wieder die Wege zu bahnen, bleibt abzuwarten.

Abg. Ring (conf.) vertritt bei der Begründung der Interpellation die Ansicht, dass die Berliner Frühbörse

als eine Börse im Sinne des Börsegesetzes anzusehen und daher ebenfalls zu schließen sei.

Handelsminister Bresfeld (bessere Erklärung wir in der Hauptfach in der gestrigen Abendnummer bereits telegraphisch gemeldet haben) führt noch aus: Die politische Anordnung der Schließung der Versammlungen im Feenpalast habe zu Unrecht die Indignation der Kaufmannschaft erregt. Die Regierung wollte nur eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts darüber herbeiführen, ob jene Versammlung eine Börse sei. Nach dem Landesverwaltungsgebot sei eine verwaltungsgerichtliche Klage jedoch nur auf eine Polizeiverordnung hin möglich, eine solche hätte also unbedingt zu diesem Zwecke erlassen werden müssen. Doch die Interessenten die Klage nicht angestrengt hätten, bedauerte er; die Anstellung der Klage habe übrigens eine aussichtsreiche Wirkung.

Die Feenpalast-Versammlung hätte also gar nicht nötig gehabt, sich aufzulösen. Der Productenverkehr in irgend einer Form könnte aber nicht entbehrt werden, eine Desorganisation des Productenverkehrs habe die größten Nachtheile und er gebe deshalb die Hoffnung noch nicht auf, dass die eingeleiteten Verhandlungen zwischen der Landwirtschaft und der Kaufmannschaft doch noch zu einer friedlichen Verständigung führen. Er bittet das Haus, ihn in seinen Bemühungen zu unterstützen. (Lebhafte Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Ritter wird in die Begründung der Interpellation eingetreten. Abg. Eynern (nat.-lib.) beleuchtet die gehässigen Verunglimpfungen des Handels, wodurch der ganze Streit hervorgerufen sei. Der Minister hätte den Polizeipräsidienten anweisen sollen, die Schließung der Versammlungen im Feenpalast erst dann zu versuchen, nachdem das Verwaltungsstreitverfahren beendet war.

Abg. v. Plötz (conf.) meint, der Minister habe die besten Absichten, sei aber zu milde gegen die Börse. Er solle kurzen Prozel mit der Frühbörse machen. Eine Verständigung halte er für ausstehlos.

Abg. Diedrich Hahn (b. h. f.), der neugebachene Director des Bundes der Landwirthe, verlangt eine Entscheidung; diejenige müsse jedenfalls noch vor der Ernte fallen. Der Minister scheine von seinen Räthen nicht immer richtig informirt zu werden; das sei nicht wunderbar, da sich unter ihnen soche befinden, die noch bis vor kurzem der Börse ganz fremd gegenüberstanden hätten, so ein bisheriger Staatsanwalt.

Abg. Ritter (kreis. Volksp.) fragt, wo denn der Abg. Hahn in der subalternen Stellung eines Archivars der Deutschen Bank die Berechtigung erlangt habe, in solcher Weise für die Agrarier das große Wort zu führen. Redner weist nach, dass die Frühbörse ein Privatmarkt sei und zügt in scharfer Form die Maßregel gegen die Feenpalast-Versammlungen. Es sei bedauerlich, dass der Minister in einem Momente, als die Verhandlungen noch schwanken, mit dem Verbot der Feenpalast-Versammlungen vorgegangen sei. Selbst unter den wilden Völker-schäften sei es nicht Brauch, während der Verhandlungen zu schiessen. Diese ganze Gesetzgebung müsse so rasch wie möglich wieder rückgängig gemacht werden.

Handelsminister Bresfeld sucht die Vorwürfe von rechts und links abzuwehren.

Abg. Kamp (freicon.) hält die Frühbörse für eine richtige Börse, hofft aber auf eine Verständigung.

Abg. Schwarze (Centr.) äuert sich ebenfalls in agrarischem Sinne.

Abg. Ritter: Wir können mit der Discussion zufrieden sein, sie ist eine Bankerotterklärung der Politik des Bundes der Landwirthe. Selbst Herr v. Plötz habe constatirt, dass die Landwirtschaft durch die Maßregeln gegen die Börse geschädigt wird. Abg. Schwarze ist darin, dass die Börse den Kampf angefangen habe, die Börse hat sich nur nicht unterdrücken lassen wollen. Man hat geglaubt, den Kaufleuten alles bieten zu dürfen. Würde der Abg. Schwarze, wenn man ihm mit Maulschellen trachte, das ruhig hinnehmen? Die Aufhebung des Terminhandels war ein Schlag gegen die Landwirthe, nicht gegen den Großhandel. Auch wir wünschen eine Verständigung, aber nicht auf Kosten des Kaufmannsstandes. Je schneller man eingestehen, dass man geirrt hat und dass man das Börsegesetz ändern muss, um so besser für die Landwirtschaft. Der Kaufmannsstand ist auf's Gehässigste angegriffen worden, derselbe Kaufmannsstand, der im Auslande in hohem Ansehen steht. Er wird ausharren und seine Stellung behaupten.

Damit war die Besprechung der Interpellation beendet. Es wurden alsdann mehrere kleinere Vorlagen in zweiter und dritter Lesung erledigt. Der Präsident erhielt die Ernennung, die nächste Sitzung nach Gutdünken anzuberaumen, wahrscheinlich wird dieselbe am 21., 22. oder 23. Juli stattfinden.

Zu den Vorgängen in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wird uns von unserem Correspondenten noch geschrieben:

„Die Bemerkung des leichten Redners zu der Interpellation Arnim u. Gen., die Debatte be-deute den Bankerott der agrarischen Börsenpolitik, spiegelt den Eindruck, den die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus hinterlassen haben, in treffender Weise wieder, obgleich selbstverständlich die Agrarier nicht verfehlten werden, mit dem Abg. Ritter wegen der Worte scharf in's Gericht zu gehen. Bemerkenswert war schon die Niedrigung, mit der der Abg. Ring die Interpellation wegen des Berliner Frühmarktes begründete und die die Folge hatte, dass es dem Handelsminister erleichtert wurde, eine direkte Auseinandersetzung mit den Agrarier zu vermeiden. Der Herr Minister Bresfeld hat deutlich zu verstehen gegeben, dass er nicht gesonnen sei, den Kampf bis auf's Messer gegen den Productenhandel aufzunehmen und dass er noch immer hofft, auf dem Wege der Verhandlungen zu der Wiederherstellung der Berliner Börse zu kommen. Offenbar zu diesem Zweck hat er auch

die Verfügung des Polizeipräsidienten in Sachen der Feenpalastversammlungen in mildem Sinne interpretiert und, wie das auch sofort nach dem Vericht der Getreidehändler auf die Fortsetzung der Versammlungen verlautet hatte, diesen Schritt als voreilig bezeichnet. Man begreift nur nicht, weshalb der Verein der Berliner Getreidehändler nicht auf das „Plakat der Bombe“ vorbereitet worden ist. Gerade die anscheinend plötzliche Maßregel hatte in diesen Kreisen die größte Verstimmung hervorgerufen. Ob die abjähwährenden Bemerkungen des Ministers die Wirkung haben werden, die Kaufleute so weit zu beruhigen, dass sie sich an der Fortsetzung der durch den Oberpräsidenten eingeleiteten Verhandlungen beteiligen, ist eine andere Frage. Es zeigt sich immer mehr, dass mit der Verständigung über die Beteiligung oder Nichtbeteiligung von Delegirten der Landwirtschaft bei der Notirung der Preise im Börsenvorstand die Differenz zwischen Handel und Agrarier in keiner Weise beglichen sein würde. Einiges früher oder später würde doch die Frage des handelsgelehrten Lieferungsgeschäfts, d. h. die Frage des Terminhandels in Betriebe wieder auftauchen, selbst wenn man im Augenblick darüber hinweggehen wollte.

Eine Garantie für die Handhabung des Börsengesetzes in dem einen oder anderen Sinne ist nun einmal nicht zu beschaffen und überdies weiss ja niemand, wie lange Herr Bresfeld Handelsminister bleibt und ob nicht heute oder morgen Überraschungen eintreten. So lange v. Plötz, Hahn und Campe das große Wort führen, werden die Kaufleute keine Neigung haben, einen Schritt zu thun, der von der Gegenseite als Anfang der Unterwerfung aufgefasst werden kann.“

Stephans Nachfolger.

Dass die Nachricht von der Ernennung des Generals a. D. v. Podbielski zum Staatssekretär des Reichspostamts, die wir bereits gestern mitgetheilt haben, zutreffend ist, wird uns heute aus Berlin bestätigt; die offizielle Verkündigung steht unmittelbar bevor. Die Entscheidung soll, der „Frei. Ztg.“ zufolge, nach einer Unterredung gefallen sein, welche von Podbielski mit dem Kaiser gehabt hat; der General soll erklärt haben, dass er das Amt zwar nicht gerne annomme, sia aber als alter Soldat dem Kaiser nicht entziehen könnte.

Der Name v. Podbielski ist aus dem Krieg 1870/71 allgemein bekannt. Die Bulleins des damaligen Generalquartiermeisters v. Podbielski während der Belagerung von Paris, die da lauteten: „Vor Paris nichts Neues“ sind zum geflügelten Wort geworden. Mit diesem Podbielski, der schon 1814 das Licht der Welt erblickte, ist natürlich der neue Chef des Reichspostamts nicht identisch. Victor v. Podbielski wurde am 26. Februar 1844 zu Frankfurt a. O. geboren. Er ist evangelisch, besuchte das Berliner Friedrich-Wilhelms-Gymnasium und war dann später im Kadettenhaus. Offizier war er zuerst im 11. Ulanen-Regiment und im 9. Dragoner-Regiment und war darauf Generalstabsoffizier des 10. Armee-corp. Dann commandirte er die Zieten-Husaren in Rathenow und wurde als Commandeur der 34. Cavallerie-Brigade verabschiedet. Herr v. Podbielski ist im Alter von 53 Jahren noch ein jugendlicher Staatsbeamter gewesen. Er besitzt ein Rittergut zu Delmin im Kreise Westprignitz und wurde daselbst 1893 in den Reichstag gewählt. Podbielski war Mitglied der Budgetcommission und als solcher mehrfach Redner über den Militärfäkal. Er fungierte im Jahre 1896 als Vorsitzender der Commission für das Börsegesetz. Podbielski deckt sich in seinen politischen Auffassungen als Mitglied der deutsch-conservativen Partei mit denjenigen des Abg. Frhrn. v. Mantuussel, ohne indessen jolde in prächtiger Weise kundzugeben. Abgeordneter v. Podbielski hat die Oberleitung des deutschen Offiziervereins und der mit demselben zusammenhängenden Geschäfte. Neuerlich hat derselbe auch die Leitung der Genossenschaft zum Absatz von Waaren aus den deutschen Schubgebieten übernommen. Auch präsidiert derselbe gegenwärtig dem Comité für die Transvaal-Ausstellung in Berlin. Mit Fragen der Post- und Telegraphenverwaltung hat sich v. Podbielski, so viel bisher bekannt geworden ist, nicht näher beschäftigt.

Berlin, 26. Juni. (Tel.) Die „Nat.-Ztg.“ schreibt zu der Ernennung Podbielskis: „Wir möchten zunächst die Frage aufwerfen, wer diese Ernennung gegenzeichnet, der Fürst Hohenlohe oder sein abgehender Stellvertreter oder der demnächstige?“

(Wir möchten dazu bemerken, dass es bis zur Stunde noch unbestimmt ist, wann Herr v. Bötticher abgeht, vielleicht erst im Herbst. D. R.)

Das Vereinsgesetz im Herrenhause u. s. w.

Wie schon von uns gemeldet, hat sich gestern die Herrenhaus-Commission für die Vereinsgesetznovelle ihrer Aufgabe, die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses durch die Einfügung der im Abgeordnetenhaus abgelehnten freiconservativen Anträge zu ergänzen, mit erfreulicher Schnelligkeit entledigt. Die Anträge erfuhrn nur eine Abänderung, indem die Auflösungsbefugnis der Polizei auf Versammlungen und Vereine beschränkt wurde, welche sozialdemokratischen und anarchistischen Bestrebungen dienen. Die Heranziehung auch der sozialistischen und kommunistischen Bestrebungen wurde abgelehnt. Der Minister des Innern erklärte es zwar für bedenklich, wieder

ein Ausnahmegesetz zu machen und hielt in erster Linie an der Regierungsvorlage fest, für die sich aber kein Mitglied der Commission ausprach. In der veränderten Fassung wurde der Gesetzentwurf mit 11 gegen 3 Stimmen angenommen. Die Berathung im Plenum soll am 30. d. erfolgen. Dann muss das Herrenhaus nach 21 Tagen die zweite Abstimmung vornehmen, worauf die Vorlage wieder an das Abgeordnetenhaus geht.

Wie lange nachher das grausame Spiel noch währen wird, das mögen die Göter wissen. Die Abänderungen des Herrenhauses werden vom Abgeordnetenhaus sicher abgelehnt werden. Denn die Speculationen auf den Absatz einiger Nationalliberale, auf die die Herren v. Stumm und Genossen im Herrenhause mit ungetreter Offenheit ihre Rechnung gesetzt haben, werden sich als verfehlt erweisen. Die nationalliberale Partei hat bereits die gebührliche Antwort ertheilt, wie folgende Meldung besagt:

Berlin, 26. Juni. (Tel.) Gegenüber den Äußerungen in der letzten Sitzung des Herrenhauses über die Stellungnahme der nationalliberalen Fraction des Abgeordnetenhauses zur Vereinsgesetznovelle veröffentlicht jetzt die nationalliberale Fraction des Abgeordnetenhauses eine Erklärung, worin nochmals darauf hingewiesen wird, dass die Erklärung Hobrechts auf einen einstimmigen Beschluss der Fraction hin erfolgt ist. Entsprechend der bisherigen Haltung der Nationalliberalen werden, so heißt es in der Erklärung, auch für die Zukunft alle Speculationen, welche dahin zielen, einzelne Mitglieder zu einer anderen Stellungnahme gegenüber der Novelle zu veranlassen, vergeblich sein. Zum Schluss wird die Nachricht, dass 14 Mitglieder sich bereit erklärt hätten, eventuell für die freiconservativen Anträge zu stimmen, als falsch bezeichnet.

Also: die Herrenhausfassung wird im Abgeordnetenhaus etwa am 22. Juli verworfen werden. Dann stehen die Nationalliberalen zum zweiten Male vor der Frage: Annahme bzw. Wiederherstellung des alten Torsos oder Ablehnung des Ganzen. Im ersten Falle wäre ein Ende gar nicht abzusehen. Dann könnte die Sache buchstäblich den ganzen Sommer hindurch bis in den Herbst hinein dauern – ein Schauspiel, wie es in unseren Parlamenten noch nicht dagewesen ist.

Des Reichstags Schluß.

Während der Landtag nur einige Wochen in die Ferien geht, ist im Reichstage gestern die Session selbst geschlossen worden. Die Session hat vom 2. September 1895 bis 2. Juli 1896 und vom 10. November 1896 bis gestern gedauert. Die Zahl der Plenarsitzungen beläuft sich auf 237. Im vorigen Sommer ist bekanntlich an Stelle des Schlusses Vertagung eingetreten, weil man die Arbeiten der Commission für die Juifnovelle nicht annullieren wollte; indessen ist die Novelle im Plenum an der Frage der Befreiung der Strafkammern erster Instanz mit fünf Richtern gescheitert.

Jubiläum der Königin Victoria.

Die allgemeinen offiziellen Feierlichkeiten in London haben jetzt ihr Ende erreicht. Den Schluss derselben bildeten gestern das große Frühstück bei dem Lordmayor in Mansion House und Abends das Festbankett der Admiralty. An dem ersten nahmen der Prinz und die Prinzessin von Wales, die fremden Fürstlichkeiten, unter ihnen der Prinz und die Prinzessin Heinrich, sowie die zu dem Jubiläum entsandten Sondergesandten, alle in großer Uniform, Theil. Nach dem mit großer Begeisterung aufgenommenen Trinkspruch auf die Königin Victoria brachte der Lordmayor einen Trinkspruch auf die fremden Fürstlichkeiten und die besonderen Gefandten aus. Redner hob, indem er sich an den Prinzen von Neapel wandte, hervor, der Prinz sei der Enkel des Königs, der so hervorragend durch seine Energie und ebenso durch seine Sorge für das Volk gewesen sei. Es sei für ihn eine große Ehre, den Prinzen hier willkommen zu heißen. Alsdann wandte der Lordmayor sich an den Herzog von Auerstädt und erinnerte daran, dass die englischen und französischen Fahnen sich oft vereinigt hätten in der Sache der Freiheit. Franzosen und Engländer könnten niemals Nationen sein, die gesonderte Interessen hätten; beide Nationen hätten dieselben freisinnigen Bestrebungen.

Der Prinz von Neapel erwähnte in englischer Sprache im Namen der Gäste der Königin und dankte dem Lordmayor für seine liebenswürdigen Worte und für seine Gast

spielle. Alsdann feierte Goschen in längerer Rede die ausländischen Marineoffiziere, hieß sie herzlich willkommen und betonte, daß die guten Seemannseigenschaften in dem Geiste der Brüderlichkeit dieselben unter allen Marineangehörigen seien. Der österreich-ungarische Admiral Spann wies in seiner Erwideration auf die überlegene britische Seemanschaft hin, welche die Beherrschung der Meere in vielen Jahrhunderten erlangt habe, durch den festen Entschluß bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen. Die ausländischen Marineoffiziere wünschten, daß die jehige Generation den Geist der Vorfahren nicht verloren habe, im Gegenteil fähig sei, die ruhmreichen Traditionen der britischen Nation zu bewahren. Der Redner schloß mit einem Hoch auf die britische Marine.

Deutsches Reich.

* [Geschenk des Kaisers.] Ein Prachtexemplar der berühmten Ausgabe der Werke König Friedrichs des Großen mit den herrlichen Illustrationen von Adolf Menzel ist soeben durch die Münizenz des Kaisers der Landesbibliothek zu Posen überwiesen worden. Diese herrliche, 34 Bände starke, von dem verstorbenen Hofhistoriographen Dr. Preuß bearbeitete Ausgabe ist niemals in den Buchhandel gekommen, sondern wurde seitens der preußischen Könige nur an befriedete Fürstlichkeiten, hervorragende Staatsmänner und an einige Bibliotheken als Zeichen besonderer Gunst geschenkt. Seiner Zeit hat Thiers und von Seiten Kaiser Wilhelms II. Jules Simon, je ein Exemplar dieser Prachtausgabe erhalten. Die jehige kaiserliche Schenkung erfolgte auf eine Immediateingabe seitens des Bibliotheksvorstehers in Posen.

* [Ein Lebenszeichen von Normann-Schumann?] Dem „Reichsboten“ ist eine mit der Schreibmaschine hergestellte Zuschrift zugegangen, welche tatsächlich ein Drohbrief an die deutsche Regierung resp. den deutschen Kaiser ist und von jemand ausgeht, der sich mit den Griechen identifiziert. Es wird da die Drohung der Veröffentlichung höchst compromittirender Thatsachen über sehr hochgestellte Personen ausgesprochen, gegen welche die Rothe- und Tausch-Affaire nur Kinderspiel sei, wodurch aber König Georg und seine Dynastie genötigt würden, den griechischen Thron zu verlassen. Das Blatt vermutet den berüchtigten Normann-Schumann, der jetzt steckbrieflich verfolgt wird, als Verfasser.

* [Prozeß Thümmel.] Der bekannte Pfarrer Thümmel aus Remscheid war am 18. Dezember 1895 in einer Beleidigungsklage vor der Strafkammer zu Hagen von dem Vorsitzenden wegen seines Benehmens in scharfer Weise zurechtgewiesen worden. Er richtete deshalb eine Beschwerde an den Justizminister, die beteiligten Gerichtsbeamten, sowie eine Reihe von Zeugen wurden darüber vernommen und es erging schließlich ein ab schlägiger Bescheid. Dies veranlaßte Thümmel, eine neue Beschwerde an den Justizminister zu richten, die ebenfalls abgewiesen wurde, zugleich stellte der Justizminister gegen Thümmel Strafantrag wegen Beleidigung des Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Falk in Hamm, des Landgerichtsdirectors Berkenmeier, des ersten Staatsanwalts Prahl und des Landrichters Westermann in Hagen. Der Termin fand am Freitag unter großem Jubel des Publikums vor der Strafkammer des Landgerichts zu Elberfeld statt. Der Angeklagte bestritt, sich irgendwie ungebührlich in der Gerichtsverhandlung zu Hagen benommen zu haben, der erste Staatsanwalt habe ihn in ungerechtfertigter Weise angegriffen, und als er diese Angriffe zurückwies, habe ihm der Vorsitzende zugerufen: „Benehmen Sie sich anständig und gestützt.“ Es sei dies eine so arge Beleidigung, daß er dieselbe nicht habe hinnehmen können. Da er nun vom Oberlandesgerichtspräsidenten Falk, ohne von denselben gehört zu werden, abschlägig beschieden wurde, habe er sich beim Justizminister beschwert; eine Beleidigung habe ihm fern gelegen. Zu einer energischen Zurückweisung der gegen ihn gefallenen Angriffe habe er sich im Interesse seiner Ehre verpflichtet gefühlt.

Der Staatsanwalt beantragte, wie uns ein Telegramm aus Elberfeld meldet, 500 Mk. Geldstrafe. Auf Antrag des Vertheidigers beschloß der Gerichtshof die Vernehmung des Justizministers, weshalb die Verhandlung auf unbestimmt Zeit vertagt wurde.

Ruhrland.

Petersburg, 26. Juni. Der russische Hochseepanzer „Gangut“ ist gestern Vormittag bei Sturm auf ein unterseeisches Riff bei Trapezpunkt aufgefahren und untergegangen. Die Mannschaften sind gerettet. „Gangut“ war eines der ersten Schiffe der russischen Kriegsmarine; es ist im Jahre 1890 erbaut worden und hat 6592 Displacementtonnen Gehalt. Der „Gangut“ gehörte der Schwarzenmeer-Flotte an.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 26. Juni.

Wetteraussichten für Sonntag, 27. Juni, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Warm, vielfach heiter. Später Gewitterregen.

* [Stadtverordneten-Sitzung am 25. Juni.] Vorsitzender Herr Giesens; das Magistrats-Collegium ist durch die Mehrheit seiner Mitglieder vertreten, außerdem ist Herr Prof. Dr. Barth als Magistrats-Commissionar anwesend.

Bei Eintritt in die lehrreiche Tagesordnung genehmigte die Versammlung zunächst Urlaubsgesuche für eine 3–10 wöchige Dauer der Stadtverordneten Damme, Krug und Behlau, nimmt dann Kenntnis von dem Eingang der Jahresberichte des Innungs-Ausschusses und des Gesangvereins zu Danzig.

Der am 9. April d. J. verstorbene frühere Gladtrath Karl Heinrich Zimmermann hat lehrlingwillig ein Kapital von 15 000 Mk. zu einer A. H. Zimmermann'schen Stiftung für alte weibliche Dienstboten hinterlassen, aus welcher an ehemalige Dienstboten je nach Bedürftigkeit und Würdigkeit jährliche Stipendien von mindestens 86 Mk. vertheilt werden sollen. Der Erblasser stellt Verhältnis mit der schon bestehenden Johanna und Charlotte Räbiger'schen Stiftung für denselben Zweck anheim, bestimmt aber, daß an sein früheres Dienstmädchen Julie Schamberg bis zu deren Tode jährlich 216 Mk. aus der Stiftung gezahlt werden. Auf Antrag des Magistrats beschließt die Versammlung Annahme der Stiftung und Vereinigung mit der Räbiger'schen Stiftung.

indem sie sich zum Zeichen dankbaren Gedächtnisses an den Verstorbenen von den Söhnen erhebt.

Die Stelle des städtischen Archivars und Stadtbibliothekars, welche bisher provisorisch beklebt war, soll vom 1. Oktober ab in eine definitive verwandelt, der der bisherige provisorische Inhaber der Stelle Herr Dr. Günther definitiv angestellt und sein Gehaltsbezug nach den für Oberlehrer an den höheren Lehranstalten geltenden Sätzen geregelt werden. — Nachdem Herr Dr. Semon der bisherigen Thätigkeit des Herrn Dr. Günther anerkennungswerte Worte gewidmet und die Vorlage empfohlen hatte, wurde einstimmig dem vorstehenden Antrage gemäß beschlossen.

Die Versammlung erhebt alsdann die Zustimmung zu folgenden Verpachtungen: 1) von 11 Parzellen der Mattern-Strauchkampe an verschiedene Pächter auf 12 Jahre für jährlich 1611 Mk.; 2) des Kielmeierlandes bei Milchpeter an die Actiengesellschaft H. Merken'sche Schiffswerft auf 2 Jahre für 1800 Mk. (bisher 1200 Mk.); 3) der Fischereinbung in der Weichsel vom Danziger Haupt bis zum Nehrungsdurchstich und im oberen Abschnitt des Durchstichs an den Fischer Ferd. Ruck zu Bohnsack für 400 Mk.; 4) desgl. in dem unteren Theil des Durchstichs an den Fischer Ferd. Rucks zu Schnakenburg für 490 Mk.; 5) desgl. von der Weichseldurchdeichung bei Einlage bis Bohnsack an den Fischer Feder für 132 Mk.; 6) desgl. von Bohnsack bis Neufähr an den Fischer Martin Gurke zu Westlinken für 45 Mk. (jämlich für 1 Jahr); 7) zur Übertragung der Pacht auf eine Parzelle des Trutener Herrenhauses an die Witwe des inzwischen verstorbenen Pächters Johann Blank; 8) zur Verpachtung des Landstücks „die Koppel“ an der großen Allee an den Eigentümer Plinski zu Neufährland auf 8 Jahre für jährlich 271 Mk. — Bei der Verpachtung der Mattern-Strauchkampe steht auf Anfrage des Herrn Davidsohn Herr Hein mit, daß hier durch freihändige Unterhandlungen ein wesentlich günstigeres Resultat (Steigerung der Pachtgebote um 129 Mk.) erzielt worden sei, als es bei öffentlicher Ausbietung zu erreichen gewesen wäre, und Herr Oberbürgermeister Delbrück hob hervor, dieser Fall sei charakteristisch dafür, daß die öffentliche Ausbietung nicht immer das vortheilhafteste Verfahren sei, daß die freie persönliche Verhandlung manchmal zu weit besseren Resultaten für die Stadt führe.

Die nächste Vorlage betrifft die Reorganisation der Krankenpflege im Lazareth in der Sandgrube, welche wir bereits mitgetheilt haben. Bekanntlich sollen an die Stelle des bisherigen Wärterpersonals 34 Diakonissen-schwestern unter einer Oberin von dem Evangelischen Diakonie-Verein zu Herborn (E. G. m. b. H.) treten. Die Stadt wird Mitglied dieser Genossenschaft mit einem Jahresbeitrage von je 1 Mk. pro 1000 Einwohner. Die gegenwärtigen Leistungen sind durch einen Vertrag, dessen wesentliche Bestimmungen wir ebenfalls schon mitgetheilt haben, festgestellt. Zur Errichtung der Wohn- und Schlafräume sowie eines Speisesaales für die 34 Schwestern beantragt der Magistrat nach dem von der Commission für die städtischen Krankenanstalten geprüften Anschlag 10 500 Mk. zu bewilligen. — Ueber diese Vorlage und den in gemeinschaftlicher Beratung der Rämmereideputation und der Commission für die städtischen Kranken-Anstalten in dieser Woche mehrfach amendirten Vertrag entsteht eine ca. zweistündige Debatte, die zum Theil Detailpunkte betrifft, zum Theil sich auf allgemeine Ausführungen erstreckt. Erstere dürfen wir, da es sich dabei meistens um Abklärung von Zweifeln und Bedenken, die nicht aufrecht erhalten wurden, handelt, übergehen, ersteren können wir nachstehend auch nur kurz skizzieren:

Die Generaldebatte eröffnete mit kurzer Darlegung der Gesichtspunkte des Magistrats Herr Oberbürgermeister Delbrück. Nach der Erinnerung der ältesten Mitglieder sind Klagen über das unzureichende Wärterpersonal unserer Lazarethe stets erhoben worden, und vielfach hat man auf Mittel zur Abhilfe gesonnen. Als der jehige Landesrat hinzu als Gladtrath Decernent der Lazarethverwaltung war, wurde schon eine Reform lebhaft angestrebt, die aber damals an unüberwindlichen Schwierigkeiten scheiterte. Unser jetziges Wärterpersonal, das sich ja ganz aus freiem, gewissermaßen wildem Angebot rekrutiert, läßt in Bezug auf Bildung, Zuverlässigkeit und moralische Qualifikation sehr viel zu wünschen, so daß es für die Pflege von Patienten der ersten und zweiten Classe kaum geeignet erscheint. Die gegenwärtige Vorlage ist sehr sorgfältig durchberaten worden, sie wurde in der Lazarethcommission gegen eine, in der Rämmereideputation in den späteren amendirten Hauptbestimmungen gegen 2 Stimmen, schließlich auch dort einstimmig und demnächst vom Magistrat nach wiederholter Beratung in der Commissionsfassung abermals einstimmig angenommen. Ich bitte Sie, die Vorlage ohne Vereinigungseinheit zu behandeln. Ich verkenne nicht, daß sie vielleicht dem einen oder anderen von Ihnen nicht ganz sympathisch ist; wenn wir aber eine bessere Lösung der Frage zu finden in der Lage gewesen wären, würde der Magistrat gern dieselbe Ihnen geboten haben. So wie bisher kann es mit unserem Wärterpersonal nicht weiter gehen; dasselbe ist aber nicht verbessерfähig. Es ist eine feststehende Thatsache, daß die wilde Krankenpflege mit der organisierten Krankenpflege, wie sie von gewissermaßen geistlichen organisierten Gemeinschaften betrieben wird, nicht concurriren kann, aber die in der Communalverwaltung zu währende Parität verbietet die Einführung einer einseitigen confessionellen Krankenpflege. Nur trägt aber der Diaconieverein nicht den Charakter einer geistlichen, sondern einer weltlichen Krankenpflege, einer mehr wirtschaftlichen als geistlichen Corporation, und deshalb ist gerade dieser Vertrag, die Schwierigkeiten zu überwinden. Die Ärzte und die Commissionen und der Magistrat haben die Überzeugung gewonnen, daß der Verein mit seinen gebildeten Krankenpflegerinnen vom technischen Standpunkte aus so volkommene Leistungen darbietet, wie wir sie irgend beanspruchen können, und daß keine Befürchtung vorliegt, daß einseitige confessionelle Interessen verfolgt werden. Der Vertrag bietet uns alle erforderlichen Mittel, jede Unzuträglichkeit in dieser Beziehung zu beseitigen. Kein Kranker soll in der Ausübung seiner Confession beschränkt werden und kann sich einen Geistlichen seiner Religion rufen lassen, denn bei unseren Lazarethen wird die Seelsorge von protestantischen und katholischen Geistlichen ausgeübt. Die Schwestern haben sich lediglich der Krankenpflege zu widmen. Es herrsche darüber Übereinstimmung, daß die Organisation der Krankenpflege durch die Diakonie-Vereine das Vollkommenste darbieten, was in dieser Beziehung bisher erreicht sei. — Dr. Piwko bittet dringend, die Vorlage anzunehmen. Die Klagen über das mangelhafte Personal kenne er aus eigener Erfahrung schon seit 1859 und schon damals habe er auf Verbesserung hingestrebt. Es sei nothwendig, daß endlich Wandel geschafft wird. In der Verwaltung eines Krankenhauses sei das einzige Richtige, daß jede Confessionalität ausgeschlossen sei. Kein Geistlicher irgend einer Confession darf auf die Verwaltung bestimmenden Einfluß ausüben. Ferner kann ein Krankenhaus nicht gediehen, wenn sich das Wärterpersonal nicht aus genügend gequalifizierten Elementen

rekrutirt. Diese Forderung erfüllt aber der Diakonieverein, der nicht unter der Leitung eines am Orte befindlichen Geistlichen steht. Der Arzt wird bei uns immer der Erste im Lazareth bleiben und die Oberin unter seinem Einfluß stehen. Auf diesem Wege werden wir sehr bald bessere Erfolge als bisher erzielen. — Auch Herr Dr. Tornwald empfiehlt die Annahme der Vorlage. So lange er hier Arzt sei, habe er stets Klagen über das Wärterpersonal gehabt, das geradezu von der Strafe aufgeleitet werden mußte. Auch er begrüßt die Vorlage mit großer Freude, denn der Diakonieverein übt die Krankenpflege in geradezu idealer Weise aus und leistet sehr viel. Das Hauptbedenken, welches er gegen die ursprüngliche Fassung des Vertrages hatte, betrifft die Stellung der Oberin zu dem leitenden Oberarzte. Dieses Bedenken sei jedoch durch eine nachträgliche Änderung größtenteils beseitigt. Unbedingt nothwendig sei es, daß die Leitung in der Hand des Arztes liegt. — Herr Dr. Lehmann hält auch das vorgeschlagene Heilmittel für das richtige, es sei unbedingt das beste, daß der Artenwärterdienst von Schwestern versehen werde. Der Beruf eines Krankenpflegers sei sehr schwierig, wenn jemand nur um schnöden Lohn arbeite, so sei den armen Kranken damit nicht gedient. Auch er habe schon seit lange Klagen über die Herzlosigkeit der weltlichen Krankenpfleger gehabt, bei Schwestern, welche aus religiösen Gesichtspunkten sich der Krankenpflege widmen, würden verartige Klagen nicht laut. Nun gebe es evangelische und katholische Schwestern, doch würden dieselben zwar von religiösen Motiven, nicht aber von religiösen Tendenzen geleitet. Er möchte den Vorschlag machen, daß ein Krankenhaus mit evangelischen und eines mit katholischen Schwestern besetzt werde. Der Magistrat möge diesen Vorschlag in Erwägung ziehen und ein derartiges Arrangement in Aussicht stellen. Auch bei den katholischen Schwestern sei nicht zu befürchten, daß sie darauf ausgehen würden, „ein Gelehen zu ergattern“. — Herr Oberbürgermeister Delbrück bittet den Vorredner, seine Bedingung zurückzuziehen, denn der Magistrat sei nicht in der Lage, in dieser Angelegenheit eine bindende Erklärung abzugeben. Der evangelische Diakonieverein sei doch wesentlich verschieden von einer confessionellen Organisation, die von einem Geistlichen geleitet werde, von einem Mutterhaus oder von einem Orden abhängig sei. Wollte der Magistrat die von Herrn Dr. Lehmann gewünschte Erklärung abgeben, so würde er damit den bisherigen paritätischen Standpunkt verlassen.

Herr Herzog hält die Münze des Herrn Dr. Lehmann ebenfalls für unausführbar, wenn man bei der Krankenpflege von jeder religiösen Inspiration abscheide. Gerade im Interesse der Parität wünsche er, daß davon abgesehen werde. Redner verliest folgende von ihm und Herrn Richter unterzeichnete Erklärung und bittet dieselbe in's Protokoll der heutigen Sitzung aufzunehmen:

Der Uebertragung der städtischen Lazareth-Krankenpflege an den evangelischen Diakonieverein können wir im Prinzip niemals zustimmen. In Erwägung aber, daß

1) nach den Darstellungen des Magistrats und der Lazareth-Deputation die Zustände in der Krankenpflege geradezu unhaltbar geworden sind und dringend der Abhilfe bedürfen; in sinnerner Erwägung, daß

2) Magistrat, wie Lazareth-Deputation wegen Erlangung eines anderweitigen Krankenpflege-Personals sich zur Zeit in einer unverkennbar schwierigen Lage befinden und in endlicher Erwägung, daß

3) bei dem nur auf ein Jahr sich erstreckenden Abkommen eventuell leicht Wandel geschaffen werden kann, werden wir, dem gegenwärtigen Nothstande Rechnung tragend, einstweilen den Magistratsvorlage nicht widersprechen. Wir sehen indessen mit aller Zuversicht voraus, daß die Schwestern in den städtischen Lazarethen in ihren religiösen Empfindungen und Bedürfnissen nicht im geringsten beeinträchtigt und vor allen Dingen niemals von Seiten der Krankenpfleger zu Gunsten dieser oder jener Confession beeinflußt werden.

Herr Oberbürgermeister Delbrück gibt die Erklärung ab, daß auch in der Vorlage derselbe Standpunkt eingenommen worden sei, den Herr Herzog vertrate. Gegen die Aufnahme in's Protokoll habe er nichts einzuwenden. — Herr Dr. Lehmann kommt noch einmal auf seinen Vorschlag zurück, der von der Bevölkerung sicherlich mit Befriedigung aufgenommen werden würde. — Herr Herzog ist der Ansicht, daß der Vorschlag sich nicht durchführen lassen werde, und auch Herr Delbrück bekämpft nach dem Vorschlag und führt aus, daß gerade die Vorlage auf dem Standpunkte der Parität stehe. — Herr Herzog fragt an, ob nun im Krankenhaus Morgen- und Abendandachten oder andere religiöse Übungen eingeführt werden sollten; er ist der Ansicht, daß religiöse Übungen dort nicht hingehören, ein Krankenhaus lediglich Heilzwecken zu dienen habe. — Herr Oberbürgermeister Delbrück erwähnt, es solle im Krankenhaus absolut nichts geändert werden. Die Religionspflege der Schwestern sei auf deren eigene Zimmer beschränkt. — Herr Dr. Liévin hat Bedenken, ob sich auch genug Lernschwestern finden würden. Der Verein habe kein Mutterhaus, wo unaugliche Schwestern „abgelagert“ werden könnten, es sei deshalb zu befürchten, daß ungeeignete Schwestern von einem Krankenhaus zum anderen wandeln würden und daß derartige Pflegerinnen auch nach Danzig geschickt würden. — Herr Professor Dr. Barth hält die Bedenken nicht für gerechtfertigt. Von den für Danzig bestimmten Schwestern wisse er, daß sie geübte und tüchtige Krankenpflegerinnen seien. Wie es aber auch kommen möge, der Zustand werde noch immer ein idealer sein gegen den jehigen. Herr Schmidt befürchtet, es könnte der Fall eintreten, daß die Lernschwestern weggehen würden und daß dann die Lazarethverwaltung in Verlegenheit gerathen würde. Wenn man die Gehälter erhöhe, werde man auch hier das nötige Personal bekommen. Herr Dr. Barth wies darauf hin, daß 11 Lehrschwestern thätig sein würden, während jetzt nur 5 Oberärztlerinnen angestellt seien. — Auf die Frage des Herrn Bauer, ob auch Zimmer genug für die Schwestern vorhanden seien, erklärt Herr Dr. Barth, daß außer dem Speisesaal weder ein Kranken- noch ein Verwaltungsräum geopfert werden würden. Auf den weiteren Einwand des Herrn Bauer, daß die Stadt eine zu hohe Bevölkerung zahlen müßte, erklärt Herr Oberbürgermeister Delbrück, daß die laufenden Mehrausgaben nur 6000 Mk. betragen würden. Wenn auch der Vertrag mit den Schwestern nicht abgeschlossen werde, so würde doch nichts erspart werden, denn dann müßte das Gehalt der Wärterinnen bedeutend erhöht werden.

Hierauf trat die Versammlung in die Specialdebatte über den Vertrag, in der mehrere gestellte Abänderungsanträge zurückgezogen wurden. Im Uebrigen wurde die Beschaffung eines Klaviers für die Schwestern von den Herren Schmidt und Dr. Liévin bemängelt. Nachdem Herr Oberbürgermeister Delbrück erklärt hatte, es solle zunächst nur ein Verlust gemacht werden und das Klavier sollte sofort weggeschafft werden, wenn sich Unzuträglichkeiten herausstellen, da die Stadt sich auch in dieser Beziehung Freiheit vorbehalten habe, den Schwestern aber doch eine lebhafte gewünschte Erholung und Anregung nicht versagt werden könne, wenn sie sich ohne Schädigung der Lazarethzwecke gewähren lasse, wurde auch diese Forderung mit großer Majorität bewilligt.

Die ganze Vorlage wurde dann mit allen gegen wenige Stimmen angenommen und auch der Kostenbetrag von 10 500 Mk. mit gleich überwältigender Mehrheit bewilligt; ebenso die Veröffentlichung der Herzog'schen Erklärung durch das Protokoll beschlossen.

Der Magistrat überreichte alsdann das in seinen Hauptbestimmungen in der letzten Dienstag-

nummer von uns wiedergegebene Regulativ für die Abgabe von elektrischem Strom aus der neuen städtischen Centrale und bemerkte dazu:

Der im § 8 festgelegte Preis von 6 Pf. pro Hektowatt hat den von Herrn Geheimen Hofrat Professor Dr. Rittler aufgestellten Rentabilitäts-Berechnungen zu Grunde gelegen. Auf Grund der Annahme dieses Strompreises kommt Herr Dr. Rittler in seinem Gutachten zu dem Ergebnis, daß die Anlage sich rentabel gestalten werde, sobald die Zahl der gleichzeitig brennenden Lampen in der inneren Stadt den Betrag von 5600 erreicht haben wird. Herr Dr. Rittler hat empfohlen, die Entwicklung des Consums bis zu dieser Mindestzahl nach Möglichkeit durch billigen Strompreis und Erleichterungen hinsichtlich der Haushaltungsleitung zu fördern. Aus einer beigefügten Tabelle geht hervor, daß der in Aussicht genommene Preis dem in Hannover, Straßburg i. E., Dresden, Berlin und Hamburg gebräuchlichen Preise entspricht. Es sind dies allerdings diejenigen Städte, welche abgesehen von den mit Wasserkraft betriebenen Elektricitätswerken in Rassel und Gera — den niedrigsten Strompreis angenommen haben. In anderen Städten üblichen höheren Strompreise bis zu 8 Pf. pro Hektowatt reduciren sich jedoch Theile von selbst durch die billigsten Rabatte, theils hat sich auch durch die gemachten Erfahrungen herausgestellt, daß diese Preise zu hoch bemessen sind. So ist z. B. in Frankfurt a. M. beschlossen, von 1898 ab den Strompreis auf 6 Pf. pro Hektowatt herabzusetzen. Eine gleiche Ermäßigung wird in Chemnitz beabsichtigt. Escheint es hiernach zweckmäßig, von vornherein einen Strompreis von 6 Pf. anzunehmen, so glauben wir doch andererseits, von einer weiteren Erleichterung durch Gewährung von Rabatt Abstand nehmen zu müssen. Wir sind nicht der Ansicht, daß durch Rabatte eine wesentliche Steigerung des Consums erreicht werden würde. Andererseits würden aber die bisherigen Rentabilitäts-Berechnungen in Frage gestellt werden. Da sich die finanzielle Einwirkung der Rabatte nicht übersehen läßt, würde die Erwartung, daß das Unternehmen in nicht zu langer Zeit sich rentabel gestalten werde, an Sicherheit verlieren. Dagegen dürfte dem Beispiel fast sämtlicher anderen Städte darin zu folgen sein, daß — wie dies bei der Abgabe von Gas gleichfalls geschieht — der Strompreis für Motoren und sonstige Zwecke erheblich niedriger berechnet wird. Dies findet seine Rechtfertigung darin, daß hier der Stromverbrauch der Regel nach bei Tage, also zu einer Zeit stattfindet, in welcher für Lichtzwecke fast kein Strom abgegeben wird. Aus diesem Grunde ist es wünschenswerth, daß der Consument für Motoren sich möglichst ausdehnen, wodurch auch bei dem um die Hälfte billigeren Strompreise die Rentabilität gesteigert wird. Für Motoren von $\frac{1}{4}$ —1 Pferdekraft angelegten Dampfquanten sind so bemessen, daß die zu kostspielige Entwicklung des Kleinbetriebes mit Motoren hundertfach gefordert wird. Andererseits sind die für gehobene Motoren erforderlichen Erleichterungen

hierbei mit, daß nach den Umfragen des Magistrats schon jetzt in der inneren Stadt 12 252 Glühlampen, was 7321 stets brennenden Lampen gleichkomme, und in Langfuhr 1632 Glühlampen, gleich 1159 stets brennenden Lampen gezeichnet seien und damit die angestellte Rentabilitätsrechnung erheblich übertrifffen, jeden

Beilage zu Nr. 148 des „Danziger Courier“.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.

Sonntag, 27. Juni 1897.

Aus dem Leben des Minenkönigs Barnato

wurden noch folgende Jüge mitgetheilt: Wie er es zum Millionär brachte, hat er erst kürzlich selbst beschrieben. Raum war er in der Stadt gelandet, so traf er im „Masonic-Hotel“ einen Diamantengrubenbesitzer. Der alte Herr rieb ihm, nur sofort wieder nach England zurückzureisen, was es an Diamanten gegeben habe, sei längst ausgebeutet. Barnato Barnato aber ließ sich nicht abschrecken. Barnato traf denselben Herrn in Johannesburg, nachdem er die De Beers-Gruben entdeckt hatte. „Haben Sie jetzt Ihr Glück gefunden?“ „Ja, indem ich Ihren Rath, zurückzureisen, nicht befolgt habe.“ Das Feld, wo sich jetzt die De Beers-Gruben befinden, hat Barnato bei einem Ritt in die Umgegend von Kimberley selbst aufgefunden. Er fand dort Spuren von Diamanten und zeigte sie einem praktischen Bergmann, mit dem er ansangs in „Partnership“ ging. Er wußte das Geheimnis gut zu bewahren und hatte schon die halbe Gegend angekauft, ehe er es enthüllte. Als die Goldfelder entdeckt wurden, war Barnato auch rechtzeitig auf dem Platze. Lange stritt sich die von ihm geleitete Gruppe mit der Rhodes'schen Gruppe um die Gruben in Kimberley. Es schien zweifelhaft, wer den Sieg davontragen werde, bis es zur Versammlung kam. In Kimberley zeigt man noch jetzt ein Facsimile des auf 5500000 Gold lautenden Checks, den die De Beers-Gesellschaft dem Eigentümer der Kimberley-Grube ausstellte. 1888 wählte die Stadt Kimberley Barnato in das Parlament der Capcolonia. Von den Diamantgruben wandte sich Barnato den Goldbergwerken zu. Als Alderman Remals Lordmayor der City von London war, gab er Barnato ein amtliches Festmahl, weil dieser durch sein energisches Einschreiten eine große Finanzkrise verhindert habe. Die Sache erregte damals viel Aufsehen und war eine der Ursachen, weshalb der Board der Aldermen dem Lordmayor nicht, wie üblich, beim Scheiden aus dem Amt seinen Dank bezeugte. Barnato war ein vielseitiger Mann. Sein Charakter war u. a. auch Theaterstücke zu schreiben. Er hinterläßt zwei Kinder. Der Sohn gab er nach seinem ersten Bergwerk den Namen Leah Primrose und dem Sohn den Namen Ladas Rosebery. Ladas war das Pferd des damaligen Premierministers Rosebery, welches das Derby-Rennen gewann. Barnato beabsichtigte, zu Ehren des Regierungsjubiläums der Königin ein großartiges Fest in seinem erst kürzlich vollendeten, palastähnlichen Hause in Park Lane (London) zu veranstalten.

Das Glück von Edenhall

ist auch eine Fabel, so belehrt uns die heute in die tiefsten Abgründe tauchende Literaturwissenschaft: Der sagenhafte Becher ist vollkommen heil und noch in unseren Tagen wird bei besonders feierlichen Gelegenheiten daraus vergnügt getrunken. Professor Hausknecht sieht dies in dem letzten Heft von Herrig's Archiv für das Studium der neuern Sprachen mit. Das von Uhland befugene Trinkgefäß befindet sich noch heute unzerbrochen im Besitz der altgesessenen Familie Musgrave in Eden Hall, einem kleinen Dorfe am Flusse Eden, unweit Penrith in Cumberland; dort wurde z. B. am 16. Dezember 1892, als die Tochter des Hauses, Miss Joe Musgrave, dem Mr. Farguharson aus Invercauld ihre Hand zum Ehebunde reichte, ein kräftiger Trunk aus dem alten Krystallbecher gethan. Bekannt ist außerdem, daß Longfellow die Ballade Uhlands als „Luce of Edenhall“ übersetzt hat und diesem hat bereits im Jahre 1868 der damalige Besitzer des Bechers, Sir George Musgrave, das Glas gezeigt und dabei nicht unterlassen, ihm seinen Unmuth über den unschönen Ausgang „seines“ Gesichts kund zu thun, indem er dies als eine „durchaus unerlaubte Überschreitung der poetischen Lizenz“ bezeichnete. Interessant ist ferner die Sage, wie das fabel-

hafte Krystallglas in den Besitz des Hauses Musgrave gelangt ist. Einer ihrer Ahnherren verirrt sich auf der Jagd und entchlummt auf grünem Rosen. Im mystisch bleichen Mondlicht erwacht der Ritter: ein Thor von zwölftausend Elfenrittern führt mit den Elfsinnen seine nächtlichen Tänze aus, ein Banket folgt und Titania, die Elfenkönigin, präsentiert mit Oberon der Tafel. Dieser bringt seiner Königin einen prächtigen Würztrankbecher dar, während die Sänger ein Hoch ausbringen — da ergreift Musgrave blitzschnell den besauerten Becher, schwingt sich auf sein treues Ros, das ihn sicher durch die Fluten trägt, und vom anderen Ufer tönt ihm der Scheidegruß der Elfen nach: Glück jauchzen sie ihm zu ob seiner Rühmheit, Glück ihm und seinem Banner. — doch birst je der Becher, kommt er zu Fall, leb' wohl dann, du Glück von Edenhall“. In dieser authentischeren Fassung hat ein englischer Dichter nicht ohne Bedeutung, Jeremiah Holmes Wiffen (1792–1838) die Sage vom Glück von Edenhall glorifizirt. Vielleicht macht dazu ein Psychologe die Bemerkung, daß der kluge Engländer sich auch in der Fabel praktischer erweist, als der phantastische Deutsche, der seinen englischen Held das schöne Glas im Übermuthe ertrümmern ließ.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 26. Juni.

[Bur. „ahl in Dr. Stargard“] schreibt man aus Dirschau:

Erst jetzt wird hier ein neuer Angriff der conservativen „Danz. Allgem. Ztg.“ bekannt. Da er Richtiges mit viel Falschem vermischts, so sei der Hergang mitgetheilt:

1893 herrschte hier in liberalen Kreisen starke Abneigung gegen die Wahl des bisherigen Abgeordneten Engler wegen seiner letzten Candidature in Dirschau. Es stand schließlich so, daß eine Reihe von freisinnigen Stimmen für ihn nicht zu haben zu sein schien. (Nebenbei bemerkt, waren die „Unversöhnlichen“ von damals nicht die von heute.) In einer Wähler- (nicht Wahlmänner-) Versammlung wurde daher seitens der Freisinnigen ein Compromiß vorläufig abgelehnt; man wollte erst den Ausfall der Urwahlen abwarten. (Nebenbei: Hobrecht wurde in dieser Versammlung gleich als genehm, aber nicht als „Candidat der Rechten“ bezeichnet.) Da eröffneten die Polen auf mündlichem Wege Verhandlungen, denen auch ein einmaliger Christwechsel mit der polnischen Parteileitung folgte. Dann aber schon war klar, daß mit ihnen keine Einigung zu erzielen sei. Dieser Versuch mußte gemacht werden wegen jener oben genannten „Unversöhnlichen“, die nunmehr auch langsam zur Einsicht kamen, daß damals Anschluß auf deutscher Seite gesucht werden mußte. Erst bei der Wahl selbst gelang es, die letzten Widerstreben zur Mitwirkung zu veranlassen. Dadurch, daß schließlich keine freisinnige Stimme fehlte, kamen damals Hobrecht und Engler durch.

Bei dieser Gelegenheit noch eine andere Berichtigung. Dieselbe „Danz. Allg. Ztg.“ schrieb, daß im Jahre 1893, als es sich um Aufstellung eines neuen Candidaten für den verstorbenen Engler handelte, ein Freisinniger in einer Wahlmännerversammlung erklärt hätte, er wähle lieber einen Polen als einen „agrarisch angehauchten“ Deutschen. Auch das ist arg entstellt. Er hat gesagt, die Freisinnigen würden keinen „krassen Agrarier“ wählen, der bereit wäre, für den Antrag Ranitz u. s. w. die für die nationale Arbeit so segensreichen Handelsverträge zu opfern. Auf eine darauf gestellte Anfrage, ob die Freisinnigen denn einem Polen die Stimmen geben würden, erklärte er: „Ich persönlich würde, wenn es sich um die Frage der Wiederherstellung des Königreichs Polen oder ähnliche Fragen handelt, jedem deutschen Candidaten, ohne nach seiner Parteistellung zu fragen, meine Stimme geben. Solche Fragen liegen aber nicht vor und werden

auch nicht vorliegen. Er handelt sich lediglich um die gegenwärtigen Aufgaben und Fragen des deutschen Reiches und des preußischen Staates. Wenn es da einen polnischen Candidaten gäbe, der in diesen Dingen meine politische Ansicht verträt, so würde ich kein Bedenken tragen, diesen zu wählen gegenüber einem deutschen Candidaten, der mir mit seiner politischen Gesinnung vollständig fern stände. Solch einen polnischen Candidaten giebt es aber nicht; der jetzige polnische Candidat gefällt mir im Gegenteil erst recht nicht und werde ich daher auch nicht für ihn stimmen.“ Diese Erklärung wurde 1896 auch vom „Gejiggen“ veröffentlicht.

Damals handelte es sich um agrarische Fragen, jetzt, wo es sich um die Vereinsgesetzgebung handelt, wären die Schlüsse wohl anders ausgefallen.

Ein in der Unsachlichkeit seiner Größe fast tragisch erschütternd wirkendes Beispiel von Dirschauer „Mannesmuth“ präsentiert der „Zuschriften-Theil“ der „Danz. Ztg.“ Dort hält in einem Eingang ein „Bürger, der es treu meint mit der Stadt Dirschau“ den Herren Dr. Fricke und Raabe, welche Mitglieder der Dirschauer Stadtverordneten-Versammlung sind, eine recht naive Vorlesung darüber, daß sie, indem sie in Pr. Stargard ihrer Überzeugung von der großen Schädlichkeit und der verfassungswidrigen Rechtsbeschränkung der Vereinsgesetz-Novelle nicht das Opfer abringen könnten, für einen vermutlichen Freund dieser Vorlage zu stimmen, — „die Stadt Dirschau in Miscred“ gebracht hätten. Dieser überzeugungstarke Politiker sagt u. a.:

„Es hat die Stadt das Wohlwollen der Regierung an allen Ecken und Enden nötig. Die Staatsregierung hat ganz vor kurzem der Stadt ein großes Wohlwollen dadurch bewiesen, daß sie den Wunsch, die hiesige Realhauptschule aus Stadtkosten zu übernehmen, erfüllt hat. . . Ein Minister muß eigenthümliche Begriffe von Dankbarkeit erhalten, wenn er von solchen Fällen hört.“

Der Verfasser dieser schönen Epistel, der kein Empfinden dafür hat, daß ein Minister etwas anderes, höhere und reinere Anschauungen über die Gesichtspunkte seiner Amtsführung habe, als sie an seinem Horizont sichtbar zu sein scheinen, legt selbst das Geständnis ab, daß er die Dirschau noch in den Kinderbüchern erachte, wofür bezüglich der Entwicklung sein Zeugnis bestätigt wäre, wenn es nicht auch in Dirschau für uns zweifellos vereinsamt dastünde. Wollten nun die beiden genannten Wahlmänner und Stadtverordneten dieser „in den Kinderbüchern stehenden“ Stadt „den Stempel eines Demokratenfestes aufdrücken, so schneiden sie damit jede Gelegenheit dafür ab, daß Minister oder Oberpräsident dem Aufblühen der Stadt günstig gesinnt sind.“ Der Herr Oberpräsident wird dem „treu meinenden Bürger“, der ihn durch Andichtung eines derartig besagten Wohlwollens, entgegen dem jedermann bekannten Charakter und der nicht minder offenkundigen Amtsführung, schwer verdächtigt, vielleicht ein Täschchen Kamillenthee zur Beruhigung wünschen, uns aber trat angesichts einer solchen Aussäufung der Ausübung von Volksrechten und der Übungskundgebung mit voller Schwere seiner Bedeutung das Wort des alten Juvenalis in's Bewußtsein: Es ist mitunter schwer, eine Satire nicht zu schreiben.

[Aleider- und Wäsche-Konfektions-Betriebe.] Da die kais. Verordnung vom 31. Mai d. J. betreffend die Anwendung der Bestimmungen der §§ 135 ff. Gewerbeordnung auf die Aleider- und Wäsche-Konfektions-Betriebe bereits mit dem 1. Juli d. J. in Kraft tritt, so empfiehlt sich bei der großen Wichtigkeit dieser Bestimmungen und der bedeutenden Zahl solcher Betriebe eine nähere Besprechung der einschlägigen Vorschriften, zumal nur wenigen Interessenten der Inhalt jener Paragraphen bekannt sein dürfte und dieelben

außerdem auch nicht unverändert Anwendung finden.

Zunächst ist zu bemerken, daß von der Verordnung alle Werkstätten betroffen werden, in welchen die Auffertigung oder Bearbeitung von Männer- und Kinderkleidern (Röcken, Hosen, Westen, Mänteln u. dergl. Frauen- und Kinderkleidung (Mänteln, Kleidern, Umhängen u. dergl.), sowie von weißer und blauer Wäsche im Großen erfolgt. Wenn in einem solchen Betriebe Arbeiterinnen (irgend welchen Alters) oder männliche noch nicht 16 Jahre alte Arbeiter über den 1. Juli d. J. hinzu beschäftigt oder nach diesem Termine neu angestellt werden sollen, so hat der Betriebsunternehmer hier von der Ortspolizeibehörde unter Angabe der Werkstatt vorher, also vor dem 1. Juli bzw. vor dem Beginn der Beschäftigung, eine schriftliche Anzeige zu erstatten. Kinder unter 13 Jahren dürfen in solchen Werkstätten nicht beschäftigt werden, Kinder zwischen 13 und 14 Jahren nur, wenn sie nicht mehr zum Besuch der Volksschule verpflichtet sind und zwar täglich höchstens 6 Stunden, zwischen welchen eine Pause von mindestens $\frac{1}{2}$ Stunde liegen muß. Arbeiter oder Arbeiterinnen zwischen 14 und 16 Jahren dürfen täglich höchstens 10 Stunden beschäftigt werden; die ihnen zu gewährenden Pausen müssen entweder Mittags 1 Stunde und Vor- wie Nachmittags je $\frac{1}{2}$ Stunde oder Mittags $\frac{1}{2}$ Stunden betragen. Während dieser Pausen darf allen vorbereiteten jugendlichen Arbeitern eine Beschäftigung im Betriebsbetrieb überhaupt nicht und der Aufenthalt in den Arbeitsräumen nur dann gestattet werden, wenn in denselben diejenigen Theile des Betriebes, in welchen jugendliche Arbeiter beschäftigt sind, für die Zeit der Pausen völlig eingestellt werden oder wenn der Aufenthalt im Freien nicht thunlich und andere geeignete Aufenthalträume ohne unverhältnismäßige Schwierigkeiten nicht beschafft werden können. Alle jugendlichen Arbeiter (sowohl männlich wie weiblich, unter 16 Jahren) dürfen nicht vor 5½ Uhr Morgens und nicht über 8½ Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen aber überhaupt nicht beschäftigt werden.

Über 16 Jahre alte Arbeiterinnen dürfen ebenfalls nicht vor 5½ Morgens und an den Vorabenden der Sonn- und Festtage nicht über 8½ Uhr Nachmittags, sonst nicht über 8½ Uhr Abends beschäftigt werden. Ihre Arbeitszeit darf an den Vorabenden der Sonn- und Festtage die Dauer von zehn, sonst in der Regel von elf Stunden täglich nicht überschreiten, auch muß ihnen eine Mittagspause von 1 und auf ihren Antrag, wenn sie ein Hausweile zu besorgen haben, sogar eine solche von $\frac{1}{2}$ Stunden gewährt werden. Wöchnerinnen dürfen innerhalb vier Wochen nach ihrer Niederkunft überhaupt nicht, während der folgenden zwei Wochen nur auf Grund eines ärztlichen Attestes beschäftigt werden. Ausnahmsweise ist an 60 Tagen im Jahre, deren Auswahl dem Betriebsinhaber frei steht, die Beschäftigung von über 16 Jahren allen Arbeiterinnen für die Dauer von dreizehn Stunden, aber nicht über 10 Uhr Abends gestattet, wobei jeder Tag in Anrechnung kommt, an welchem auch nur eine Arbeiterin länger als sonst beschäftigt worden ist. Magt ein Betriebsinhaber von dieser Ausnahme Gebrauch, so hat er das betreffende Datum noch an demselben Tage in ein Verzeichnis einzutragen, welches auf Erforder der Ortspolizeibehörde, sowie dem Gewerbe-Aussichtsbeamten jederzeit vorzulegen ist. Außerdem ist in Werkstätten, in welchen jugendliche Arbeiter beschäftigt werden, ein Verzeichnis dieser unter Angabe des Beginns und Endes der Arbeitszeit und der Pausen, sowie eine Tafel, welche in bestimmter Form einen Auszug aus den Vorschriften dieser Verordnung enthält, an einer in die Augen fallenden Stelle auszuhängen. Im Einzelfalle kann, wenn es die Natur des Betriebes oder die Rücksicht auf die Arbeiter verlangt, eine anderweitige Regelung auf Antrag bewilligt werden, und zwar hinsichtlich der Pausen durch die untere Verwaltungsbehörde (Landrat, städtische Polizeibehörde, hier die kgl. Polizeidirection), im übrigen durch die Regierung; jedoch dürfen jugendliche Arbeiter in solchen Fällen bei Gewährung von nicht mindestens zusammen 1 Stunde betragenden Pausen nicht länger als täglich 6 Stunden beschäftigt werden.

* [Abschiedsgesuch.] Der Commandeur der 36. Division hervorhob, Herr General-Lieutenant v. Häniß, welcher vor einigen Tagen eine Urlaubsreise angetreten hat, soll nunmehr sein Abschiedsgesuch eingereicht haben. In voriger Woche taunte dieselbe Nachricht auf, ihre Richtigkeit wurde damals aber an einer Herrn v. Häniß nahestehenden Stelle, wo wir Nachfrage stellten, bezweifelt.

sam aus Schutt und Trümmern, wie eine schöne Wunderblume neu erblühen könnte. Laß mich erst wieder an deine Freundschaft glauben — und ich werde dann vielleicht eines Tages lernen, deine Liebe zu erwidern.“

„Raffaella!“ Er zitterte am ganzen Körper, und die Worte rangelten sich nur mühsam aus seiner Brust. „Wenn es Dir ernst wäre um jene himmlische Verheilung — wenn du nicht auf's Neue deinen Spott — dein Spiel mit mir treiben wolltest —“

„Sehe ich aus wie Jemand, der aufgelegt ist zu spotten und zu spielen?“ fragte sie mit wehmüthiger Bitterkeit zurück. „Was könnte mich bestimmen, so zu dir zu sprechen, wenn es mir nicht vollkommen ernst wäre mit jedem Wort?“

„Und er — jener Andere — in dessen Arme du dich hier an der nämlichen Stelle geworfen, als ich dich zum letzten Male verließ, wird er nicht eines Tages abermals zwischen uns treten, und werde ich dann nicht wieder als ein armer, verrathener Narr vergessen und verhöhnt unten auf der Strafe stehen?“

Sie neigte sich so nahe zu ihm, daß er ihren heißen Atem fühlte, und in zischenden Lauten, mit Worten, deren jedes sich tief in seine Seele bohrte, raunte sie ihm zu: „Ich hasse ihn, Paul, denn er hat mich beschimpft — ich hasse ihn tödlich und ich werde ihn vernichten!“

Der Schauspieler umklammerte ihre Handgelenke und starrte ihr mit seinen weitgeöffneten, wahnwitzigen Augen in's Gesicht.

„Nicht du, Raffaella, aber ich — ich werde ihn töten! Der soll nicht mehr leben, der dich beschimpft!“

In einem tiefen Atemzug hob sich ihre Brust — eine Welt der wonnigsten Verheilungen lag in ihrem Blick.

„Mein Freund!“ sagte sie leise. „Mein einziger Freund! Vergib mir, was ich gegen dich gesetzt!“

Da stürzte er ihr zu Füßen und verbarg unter Lachen und Weinen sein Gesicht in den Falten ihres Kleides.

(Forts. folgt.)

Um eine Fürstenkrone.

Roman von Reinhold Orlmann.

[Nachdruck verboten.]

53) (Fortsetzung.)
Mehrungen war so betroffen von der jähren Veränderung in ihrem Benehmen, daß auch er unwillkürlich einen milderden Ton anschlug. „Ich werde sie erfüllen, wenn es in meine Macht geht.“

Raffaella antwortete nichtogleich, aber sie sah ihn unverwandt mit ihren dunklen Augen an, und plötzlich, ehe er noch ahnen konnte, was sie im Sinne hatte, sprang sie auf und warf sich leidenschaftlich an seine Brust.

„Unter der Bedingung, daß du mir fortan mehr sein wirst als das!“ flüsterte sie dicht an seinem Ohr. „Ich will den Vertheidiger hingeben, nur wenn ich den Geliebten dafür gewinne.“

Es war eine Ueberrumpelung, die so jäh und verwirrend auf ihn eindrang, daß er secundenlang keines Wortes und kaum eines klaren Gedankens fähig war.

Aber nur eine einzige, rasch vorübergehende Wallung war es, die ihn zu befreien drohte; mit einer Empfindung, die hart an Ekel und Widerwillen streifte, machte er sich unsanft aus ihren umschlingenden Armen frei.

„Den Preis, den ich mir da erringen soll, Frau Gräfin, wird besser einem Würdigeren vorbehalten bleiben“, sagte er kalt. „Mein Verdienst ist zu gering, als daß ich Anpruch erheben dürfte auf eine so fürstliche Belohnung. Sie selbst werden mir binnen kurzem Dank dafür wissen, daß ich sie abgelehnt habe. — Leben Sie wohl!“

Raffaella hatte die Hände vor die Augen gedrückt und verharrete regungslos, bis die Thür hinter ihm zugefallen war, und bis sie den Gang seiner raschen Schritte im Vorzimmer nicht mehr vernahm. Dann erst schrie sie wild auf in ohnmächtiger, verzweifelter Wuth und warf sich über einen Gessel, das brennende Gesicht in die

Polster pressend und ihre schlanken Fingerspitzen tief in den weichen Sammetstoff eingrabend.

So lag sie noch, als eine Biertstunde später die Kammerjungfer eintrat, ihr einen neuen Besuch zu melden. Jäh fuhr die Gräfin empor bei dem Lang ihrer Stimme. Sie legte die Hände an ihre schmerzenden Schläfen, und dann befahl sie kurz: „Gut! Lassen Sie ihn eintreten!“

Ein eigenthümliches Lächeln spielte um ihre vollen Lippen, als sie sich anschickte, sich zu erheben.

Es war Paul Wismar, welcher eine Minute später in der geöffneten Thür erschien. Er war mit mehr Gorgialt gekleidet als bei der Begegnung auf der Straße; aber sah noch immer dürrig genug aus, und sein verwüstetes Gesicht zeigte kaum noch eine Ähnlichkeit mit dem, welches Raffaella aus der ersten Zeit ihrer Bekanntschaft in der Erinnerung hatte.

„Du siehst, daß ich nun doch gekommen bin“, sagte er mit matter, fast tonloser Stimme. „Ich bin eben von jener ein jämerlicher Schwächling gewesen.“

Zu seiner offensuren Ueberraschung trat sie dicht vor ihn hin und bot ihm ihre Hand. „Du kannstest mir jetzt beweisen, daß du es nicht bist, Paul! Ich habe niemals so Lehr eines tapferen und mutigen Freuden bedurft als in diesem Augenstunde. Aber es ist ja wahr — ich vergaß, daß du mein Freund nicht mehr sein kannst nach dem, was zwischen uns geschehen ist.“

Er hielt ihre Hand mit wildem Druck fest zwischen seinen Fingern. „O, ich könnte es vielleicht doch sein, Raffaella! Denn eine Liebe, wie die meinige hat kein Gedächtniß für die Krankungen, die man ihr angehängt — eine Liebe, wie die meinige, ist ehrlos und charakterlos — sie kennt nur einen Wunsch und einen Gedanken. Zeige mir eine Möglichkeit zu hoffen, Raffaella, und ich werde in derselben Secunde alles vergessen haben, was ich durch dich gelitten und was mich zu einer anderen Zeit beinahe zu deinem Mörder gemacht hätte.“

Es durchschauerte sie eigenthümlich bei dem furchtbaren Wort, welches er

* [Armen-Unterstützungs-Verein.] Wie wir hören, hat der Gesamt-Vorstand des hiesigen Armen - Unterstützungs - Vereins; nachdem seine Mittel durch das bekannte Legat des Hrn. Wilh. Jüncke einen erfreulichen Zuwachs erhalten, beschlossen, nunmehr auch die Vorstadt Schidlik in den Bereich seiner Fürsorge einzubeziehen.

* [Deutsch-russische Grenzkarten.] Im Hinblick auf das am 9. Februar d. J. unterzeichnete Schlussprotokoll der deutsch-russischen Konferenz zur Berathung verschiedener handelspolitischer Fragen und im Einverständnisse mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat der Minister des Innern die beihilfenden Regierungspräsidenten neuerdings ersucht, dafür zu sorgen, daß fortan bei Ausfertigung der im Verkehrs von Preußen nach Russland und umgekehrt üblichen Grenzkarten (Grenzlegitimationsscheine, Halbpässe) Folgendes beachtet wird:

1) Grenzkarten sind nicht mehr mit Stägiger, sondern mit Russischer Gültigkeitsdauer auszuüben. 2) Während die Grenzkarten bisher nur preußischen Staatsangehörigen ertheilt wurden, können sie für die Folge ausgefertigt werden: a. allen Reichsangehörigen, die im deutschen Grenzgebiete wohnen; b. denjenigen Russen, die im deutschen Grenzgebiete ihren dauernden Wohnsitz haben und deren russische Staatsangehörigkeit unzweifelhaft ist. 3) Dagegen sind Grenzkarten nicht zu verabfolgen: a. an Reichsausländer, abgesessen von den unter 2 erwähnten Russen; b. an Reichsangehörige, die in den russischen Grenzgebiete wohnen.

* [Johannisfest.] Wie alljährlich, wurde auch in diesem Jahre, wie uns nachträglich mitgetheilt wird, der Vorabend des Johannisfestes auf dem Rittergute Mackau in feierlicher Weise begangen. In der Dämmerungsstunde versammelten sich die Gutsbewohner vor dem Hause des Verwalters, wo sie mit Bier bewirtet wurden. Ein abgebranntes Feuerwerk gelang vorzüglich und gewährte einen prächtigen Anblick. Erst nach Mitternacht zerstreute man sich in dem Bewußtsein, einen schönen Abend verlebt zu haben.

* [Zulassung der Reisenden zu den Bahnsteigen.] Es sind Klagen zu der Kenntniß der kgl. Eisenbahndirektion Danzig gelangt, daß den mit gültigen Fahrtausweisen versehenen Reisenden das Betreten des Bahnsteigs nicht gestattet wird, wenn der Zutritt zur Ausübung privater Geschäfte, z. B. zur Benutzung eines in der Sperre befindlichen Postbüroffestens, erfolgen soll. Die genannte Eisenbahndirection hat darauf verfügt: Da eine unnöthig strenge Handhabung der bestätigten Bestimmungen vermieden werden muß, so wird derartigen Anforderungen zu entsprechen sein, falls nicht Betriebsrücksichten dagegen sprechen. Auf Monatskarten findet diese Anordnung selbstverständlich nur dann Anwendung, wenn der Inhaber mit dem nächsten Zuge abzufahren gedenkt. Gleichzeitig weist die Direction darauf hin, daß eine thunlich frühere Zulassung der Reisenden zu den Bahnsteigen stets dann zu erfolgen hat, wenn der Zug auf dem Abgangsgleise fertig rangiert steht und auch das Zugpersonal und die Bahnsteigwärter dienstbereit sind.

* [Der Verband katholischer Lehrer Westpreußens] zählt in diesem Vereinsjahr 931 Mitglieder in 44 Zweigvereinen und vier Obmannschaften. Die höchste Mitgliederzahl hat der Verein Danzig mit 50, und die kleinste der Verein Giano wo mit 6 Mitgliedern. Die Einnahme des Verbandes beträgt 1119 Mark, die Ausgabe 712 Mk. Im Laufe dieses Jahres stellt der Provinzial-Vorstand den Zweigvereinen folgende Thematik zur Bearbeitung: die christliche Lehre und die christlichen Lehrervereine gegenüber dem Zeitalter; Überarbeitung des Lehrplans mit Fächern und Lehrstoff; Versorgung der hinterbliebenen Lehrern.

Aus den Provinzen.

* Königsberg, 23. Juni. Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft zu Königsberg hat soeben seinen Jahresbericht über Handel und Schiffahrt Königsbergs im Jahre 1896 herausgegeben und uns freundlich überwandt. Wir entnehmen demselben bezüglich der allgemeinen Geschäftslage Folgendes:

Königsbergs Handelsbedeutung beruht überwiegend auf seiner seewärtigen Ausfuhr von Producten, namentlich russischen Ursprungs. Dieser Verkehr mit Producten war in den ersten acht Monaten nicht besonders ausgedehnt und ohne erhebliche Anregung, Aufzehrung und Bedeutung gewann er erst vom Spätsommer ab. Die Zufuhr aus Russland steige jedoch nur ebenso wie die seewärtige Ausfuhr. Leider aber stellte sich gleichzeitig ein fast bei poloser Wagenmangel auf den russischen Eisenbahnen ein, der manchen der Bevölkerung empfindliche Störungen und Verluste verursachte. Unsere Zufuhr von Getreide und Saaten aus Ostpreußen wie aus Russland war ungefähr ebenso groß wie im Vorjahr, die seewärtige Ausfuhr jedoch um etwa 40 000 Tonnen geringer. Im ganzen befand sich der Getreidehandel in einer wenig erfreulichen Lage. Schuld hieran ist vorwiegend der Kampf gegen die Productenbörse.

Unser Speditionsverkehr von Thee nach Russland war zwar erheblich größer als im Vorjahr; dies erklärt sich aus der zunehmenden Verdrängung der niedrigeren chinesischen Sorten in Russland durch Ceylonthee, der im vergangenen Jahre billiger über Königsberg zu beziehen war. Unser Eigenhandel in Thee nach und in Russland verlief jedoch ungünstig. Einiges günstiger dagegen war der Speditionsverkehr von Russland zur seewärtigen Verschiffung, namentlich in russischem Bucher.

Über die agrarische Bewegung gegen den deutsch-russischen Handelsvertrag sagt der Bericht:

Die deutsche Handelsvertragspolitik hat auch im Jahre 1896 sich als sehr segensreich für die deutsche Erwerbstätigkeit erwiesen. Durch den Abschluß der Verträge mit Japan und Nicaragua wurde sie erweitert. Auch der Krieg mit Spanien wurde beendet, freilich nicht durch Herstellung des Meist-

begünstigungsverhältnisses zwischen beiden Ländern, — vielmehr hat Spanien auf die deutschen Erzeugnisse seinen Minimaltarif zur Anwendung gebracht und Deutschland die spanischen seinem allgemeinen Generaltarif unter Befreiung von den Zuschlagszöllen unterworfen. Es ist zu wünschen, daß dieser Zustand bald durch einen vollen Friedensschluß ersezt werde. Die agrarische Agitation bewegt sich leider in wachsender offener Feindschaft gegen die Handelsvertragspolitik. In ihrer Rücksichtslosigkeit gegen die berechtigten Interessen der überwiegenden Mehrheit der erwerbstätigen Bevölkerung ist ihr klar zu Tage liegendes Ziel die Störung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zum Auslande durch künstliche Unterbindung der modernen, aber unaufhaltbaren wirtschaftlichen Entwicklung, um der Landwirtschaft die fremde Concurrenz fern zu halten.

In neuerer Zeit werden von ihr vorstellige namentlich gegen die Meistbegünstigungsverträge mit den überseeischen Staaten unternommen. Die Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten hat im vergangenen Jahr freilich Anlaß zu großen Besorgnissen gegeben; sie bietet auch gegenwärtig große Gefahren. Der neue amerikanische Tarif, über welchen der Kongreß gegenwärtig noch verhandelt würde, wenn er nach den Absichten seiner Urheber Gesetz wird, den europäischen, insbesondere auch den deutschen Export nach den Vereinigten Staaten bedeutend schädigt. Indes kann der agrarische Ruf nach einem frischen, fröhlichen Volkskriege mit den Vereinigten Staaten nur als höchst gefährlich auch für die deutschen Interessen bezeichnet werden. Die neue Tariflist ist noch nicht Gesetz. Die Hoffnung ist nicht unberechtigt, daß in den Vereinigten Staaten die mächtigsten Elemente ihren Einfluß erfolgreich in die Waagschale werfen, und daß man schließlich auch dort die goldenen Worte des Staatssekretärs Freiherrn v. Marshall in der Reichstagsrede vom 3. Mai 1897 bejubigt, „die Tarifautonomie beider Länder sei begrenzt in dem ungeschriebenen Gesetz, daß kein Staat darauf rechnen darf, den fremden Markt für seine eigenen Producte auf die Dauer zu erhalten, wenn er den eigenen Markt dem fremden Product verschließt“. Auf beiden Seiten stünden bei einem Volkskriege so erhebliche wirtschaftliche Interessen auf dem Spiele, daß jedes Land sich hüten muß, sie zu gefährden.

Einer längeren Ausführung über die Getreide-Transitläger, die fast durchweg auch auf Danzig zutrifft, entnehmen wir folgende Darlegung:

Eine vielleicht einer Vernichtung nahe kommende Schädigung unseres russischen Getreideverkehrs würde die Aufhebung der gemischten Getreide-Transitläger herbeiführen. Die agrarische Bewegung gegen den Fortbestand der gemischten Transitläger hat leider nicht nachgelassen, sondern neuerdings sich auch auf solche Transitläger erstreckt, welche, wie die zu Königsberg und Danzig, nicht vornehmlich dem Inlandsverkehr, sondern ganz überwiegend dem Transit und der Ausfuhr dienen und in dieser Beziehung eine wesentlich andere wirtschaftliche Bedeutung haben, als die Läger im Binnenlande und in den Einfuhrhäfen, deren Zahl überdies neuerdings auf ein Minimum beschränkt worden ist. Ein Antrag auf Beseitigung unserer gemischten Getreide-Transitläger ist zwar bisher in den gesetzgebenden Körperschaften noch nicht eingekragt; aber diese Frage spielt eigentlich die Hauptrolle bei der parlamentarischen Berathung des Antrages der Abgeordneten Graf v. Schwerin-Löwitz und Genossen wegen Beschränkung des Zollscredits bei der Einfuhr von Getreide und Mühlenfabrikaten. Die Verhandlungen über diesen Antrag im Reichstage, wie namentlich im Abgeordnetenhaus am 27. April und im Herrenhause am 21. Mai 1897 lassen keinen Zweifel darüber, daß die völlige Beseitigung der gemischten Transitläger das Endziel der genannten Antrag des Grafen v. Schwerin-Löwitz nur das Vorspiel dazu ist. Es ist bedauerlich, daß es einigen agrarischen Wortführern gelungen ist, in landwirtschaftlichen Kreisen die frühere Überzeugung von der Nützlichkeit und Unentbehrlichkeit der gemischten Getreide-Transitläger in Königsberg, Danzig und Memel für Handel und Landwirtschaft zu erschüttern. Dieser Umschlag der Stimmung hat keinerlei Berechtigung. Die Behauptung, unsere gemischten Transitläger übten auf die Preisbildung einen Druck aus, weil man das in ihnen vorhandene ausländische Getreide jederzeit auf den inländischen Markt werfen könnte, ist unhaltbar. Eine Aufstellung des Vorsteheramtes zeigt jüngstes, daß die gemischten Transitläger in Königsberg, soweit ausländisches Getreide in Betracht kommt, ganz überwiegend dem Abfahrt nicht nach dem Inlande dienen, weil die Ausfuhr von Getreide nach dem Zollauslande insgesamt beinahe ebenso groß ist, als die Zufuhr vom Auslande. Keine Transitläger sind für die Erhaltung unseres Durchgangsverkehrs mit russischem Getreide und die günstigste Bewertung unseres heimischen Erzeugnisses unbrauchbar. Die Mischung inländischen Getreides mit ausländischen kann allerdings auch auf reinen Transitlägern vorgenommen werden; jedoch weder das russische noch das inländische Getreide, das auf sie gebracht wird, darf jemals wieder im Zollgebiet abgeleitet werden. Unser Abfahrt nach dem deutschen Zollgebiet ist aber, wie die vorerwähnte Aufstellung zeigt, erheblich und unumgänglich nötig, wenngleich er ganz überwiegend aus solchem ausländischen Getreide bestehen mag, das gegen nach dem Auslande ausgeführtes inländisches Getreide umgetauscht ist und bei der Beschreibung vom gemischten Transitlager als deutsches behandelt wird. Die Benutzung reiner Transitläger würde den Händler die Möglichkeit dieses Abfahrtes rauben; sie würde ihm nicht einmal gefallen, so viel ausländisches Getreide von den Transitlägern im Zollgebiet absezken, als er von denselben inländisches nach dem Auslande ausgeführt hat. Ja, sie würde es ihm sogar unmöglich machen, daß auf dieselbe gebrachte inländische Getreide nach dem Zollgebiet wieder absezken. Demgemäß würde sie ihn auch in dem Ankaufe inländischen Getreides behufs Mischung auf den Transitlägern mit russischem und in der Ausfuhr solcher Ware nach dritten Ländern beschränken. Unserer Verkehr mit russischem Getreide, auf dem vornehmlich unter Seehandel beruht, würde sie bedrohen. Denn alsdann wäre es für die russischen Produzenten überhaupt vortheilhaft, ihr Getreide

nur nach Königsberg, sondern nach den concurrirenden russischen Ausfuhrhäfen zu senden, von denen ganz nach Belieben der Abfahrtswärts nach dem deutschen Zollgebiet oder nach anderen Ländern erfolgen kann und thatsächlich in großem Umfang erfolgt. Der Erfolg würde lediglich sein, daß der Getreideverkehr und damit zugleich die Versorgung des Zollinlandes von Königsberg, Danzig und Memel nach dem Auslande gedrangt würde. Es ist übrigens eine Verkennung der ganzen Art des Getreideverkehrs in Königsberg (und natürlich auch in Danzig), wenn man annimmt, unsere gemischten Transitläger dienten durch Anhäufung großer Vorräte einer preisdrückenden Speculation.

Königsberg, 26. Juni. Im Luisen-Theater fand am letzten Montag die lang erwartete Probe mit dem neuverfürden Schakau-Panzer statt, zu welcher sich begreiflicherweise ein sehr zahlreiches Publikum eingefunden hatte. Außerlich scheint an ihm nichts besonderes Merkwürdiges. Es sieht aus, wie etwa ein rechtliches Stück Blech, dünn mit irgend einem Stoff überzogen, und man will es gar nicht glauben, daß dieser so harmlos aussehende Panzer der Gewalt eines Militärhügel widerstand zu leisten im Stande sein könnte, denn bekanntlich ist die durchschlagende Kraft der neuen kleinkalibrigen Geschosse eine ganz gewaltige; die Projekte sind — wie man weiß — mit einer Stahlhülle umgeben, und die Anfangsgeschwindigkeit ist eine so hohe, daß selbst in der Entfernung von einigen hundert Schritten eine Augel noch sechs bis acht Mann nebst gepacktem Tornister zu durchbohren im Stande wäre. Mr. Western führte zunächst diese ungeheure durchschlagende Kraft der Geschosse dem Publikum vor Augen. Nachdem die Patronen einem anwesenden Offizier übergeben waren, der es bestätigte, daß man in der That echte Militärgeschosse vor sich habe — Gemehr und Patrone hatte, wie wir hören, ein hiesiges Regiment zur Verfügung gestellt — schloß Mr. Western nun zunächst auf einem achtzig Centimeter langen Eichenstamm, hinter welchem ein Blatt Cartonpapier aufgestellt war, welches die Augel durchbohren mußte, sofern sie diese achtzig Centimeter zu durchschlagen im Stande war. Ein zweiter hinter diesem Eichenstamm festgelegter Baum war dazu bestimmt, die Augel aufzufangen. Das Experiment gelang vollständig; die Augel durchbohrte das lange starke Eichenholz, ging durch die Papierhülle glatt durch und tief in den zweiten Stamm hinein. Dann folgte der Schuß auf den frei auf der Bühne ausgehangten Panzer. Ein vorgehaltenes Stück Papier zeigte, daß in der That der Panzer von der Augel getroffen war, indessen schien dieselbe völlig verschwunden; der Panzer selbst war nicht durchbohrt, auch hatte sich nicht die geringste Spur von sogenanntem Spritzblei gezeigt. Sehr aber gestaltete sich die Scene sensationell, als sich nunmehr Mr. Western den Panzer selbst umschaltete und dem Publikum klar wurde, daß man von der Theorie zur Praxis übergehen und an einem lebendigen Menschen den Beweis führen wollte, daß ein solcher Panzer im Ernstfalle zu schwören vermöge. Der Aufführung spannte das Gewehr in der von ihm bereits mehrfach vorgeführten Weise derart ein, daß er es selbst durch einen Pistolenhügel zu entladen im Stande war. In atemloser Spannung folgte das Publikum dem ganzen Vorgange. Ein Schuß — die Augel hatte die vorgestellte Papierhülle in der Mitte durchbohrt. Mr. Western selbst aber stand völlig unverletzt da, ja, als die Augel ihn traf, hatte er mit dem Körper nicht die geringste Bewegung gemacht. Auch diese Augel war in dem dünnen Panzer vollständig verschwunden und hatte denselben nicht durchbohren können. (A. A. J.)

Gensburg, 23. Juni. Im bei Gorodki gelegenen, dem Grafen v. Mirbach gehörigen Gut Heinrichshöfen brach vorgestern Vormittag gegen 8 Uhr in einem von Arbeitern bewohnten Wohnhause Feuer aus. Da ein heftiger Wind wehte, gelang es nicht, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Dasselbe verbreitete sich vielmehr noch auf zwei weitere, von Arbeitern und Insassen bewohnte Häuser und auf das Schulgebäude und eine Scheune. In kurzer Zeit standen alle Gebäude in vollen Flammen. Das Feuer nahm an Stärke so zu, daß weder an eine Rettung der Häuser noch der Habseligkeiten der armen Leute zu denken war. Alle Gebäude brannten bis auf die Ringmauern nieder. Durch den Brand sind sehr viele Arbeitersfamilien obdachlos geworden. Der vierjährige Sohn des Arbeiters Aulick befand sich in der Nähe der brennenden Häuser und ist wahrscheinlich von den herabgefallenen Trümmer erschlagen worden. Zur Zeit gelang es noch nicht, den Leichnam aufzufinden. (A. A. J.)

Bermischtes.

Die Pest in Bombay.

Bombay, 24. Juni. Der Ueberfall auf das Mitglied des Pest-Ausschusses Rand, dessen Zustand bedenklich ist, wird den strengen Maßregeln Rand's gegen die Pest zugeschrieben. Der erkrankte Lieutenant Dyers ist irreihmlich für den Commissar des Pest-Ausschusses, Lieutenant Lewis, gehalten worden. Der Ueberfall hat große Erregung hervorgerufen. Es ist eine Belohnung von 10 000 Rupien auf die Entdeckung der Thatze ausgegeben. Die Angriffe werden in Verbindung gebracht mit der Unterschrift „Drei hundert Millionen menschliche Wesen“ verfehlten Flugblätter, in welchen unter Hinweis auf das Jubiläum der Königin Victoria diese beschimpft und die Hilfe der civilisierten Dörfer für die in der Sklaverei lebenden Indier angerufen wird.

Ein späteres Gerücht, wonach auch auf den Lieutenant Lewis ein Mordanschlag gemacht sein sollte, ist unbegründet.

Aus Mittelfranken

wird der „Lip. Corresp.“ geschrieben:

In den Kreisen der Landwirthe wird die Lage immer lebhafter, daß in Folge der mangelnden Notirungen für Getreide die Getreidehändler

ihr Geschäft auf das geringste Maß reducirt haben. So viel auch die Grundbesitzer den Händlern anbieten, die selben weigern sich, es abzunehmen, da sie nicht wissen, welche Preise sie dafür zahlen können. Das Geschäft beschränkt sich immer mehr auf die laufenden Bedürfnisse der Mühlen etc. Wenn die Sache so weiter fortgeht, werden sich die Landwirthe in weiten Kreisen davon überzeugen müssen, daß die Beleidigung des Terminhandels ein schwerer Fehler war, der am meisten gerade die Landwirtschaft trifft. Mit dem Verbot des Terminhandels hat die Action begonnen und jetzt wird sie bedauerlicherweise in Berlin und Magdeburg noch weiter fortgesetzt. Von verschiedenen Landwirthen, die diese Uebelstände sehr schwer empfinden, ist mir der dringende Wunsch ausgedrückt worden, daß aus den Kreisen der Landwirtschaft selbst eine Änderung dieser Verhältnisse baldigst in Anregung gebracht werden müßte. Der Kampf zwischen Landwirtschaft und Kaufmannschaft schädigt beide; om meisten aber die Landwirthe. Dasselbe wird von anderer Seite berichtet. Weshalb röhren sich aber die Landwirthe nicht, die mit dem jetzigen Kampf unzufrieden sind?

Auch ein Jubiläumsvergnügen.

Dass einzelne Engländer zur Feier des Jubiläums ihrer Königin die wunderbaren Vorschläge gemacht und dieselben zum Theil auch in die That umgesetzt haben, ist schon mehrfach berichtet worden. Eine der originellsten Ideen ist aber, wie uns eine Leserin unseres Blattes aus London schreibt, in folgender Weise verwirklicht worden: Mehrere Frauen, die auf mindestens ein halbes Jahrhundert zurückblicken und sich zu dem Sport bereit erklärt haben, wurden mit fünf oder sechs Schweinen in ein eingezäuntes Feld gesperrt. Die Vorstethiere waren vorher ordentlich mit Fett eingerieben, damit sie recht glatt und schlüpfrig waren. Die Frauen durften nur ihr Heil versuchen, eins der niedlichen Thiere zu greifen; wer ein solches erwischen und auf seinen Armen durch die Pforte tragen konnte, durfte es als Eigentum behalten. Für minder kräftige und gewandte Frauen hatte man auch noch zehn Enten miteingesperrt, die im ähnlicher Weise erworben werden konnten.

Von derselben Seite wird uns noch mitgetheilt, daß man einige Tage vor dem Jubiläum auf alle mögliche Weise versucht hat, die Leute aus London fortzulocken, um den Andrang nicht allzu groß werden zu lassen. Man bot Billets für 1 Mk. nach Birmingham an, die sonst 20 Mk. kosten, für 1.50 Mk. nach Paris und für 3 Mk. nach Schottland. Doch vergebens, fast niemand wollte das billige Reiseanbieten acceptiren.

Launen eines Orkans.

Man berichtet der „Frank. Illg.“ aus Paris: Der Wirbelsturm, der am Freitag in der Pariser Bahnmeile so furchtbare Verheerungen anrichtete, hat die seltsamsten Verwirrungen angerichtet, so daß man an die tollen Launen eines gigantischen Spazierganges denken möchte. Man fand Holzpferde der Rärrussells in Wohnungen geschleudert, die in dritten Stockwerken entlegener Häuser sich befanden, losgerissene Gemälde an Brückengeländern hängen, Hausrath und Möbel auf die Straßen und Plätze wirr durcheinander gewirbelt u. s. w. Die Arbeiter einer Fabrik in Asnières, deren Dach von dem Cyclon abgehoben worden war, erhielten einen wahren Regen von Spargeln auf den Kopf, die aus einem benachbarten Felde ausgerissen waren. Die wenigen Personen, die sich mitten in dem sich bildenden Wirbelsturmzentrum in Asnières befanden, konstatierten eine große Hitze darin, während sie außerhalb des drehenden Windes das Gefühl der Frische hatten. In akustischer Hinsicht stimmten alle Zeugen dahin, daß sie eine Art Grollen oder Rassel vernahmen, wie dies ungewöhnlich ein schwerbeladener rasch heraneilender Zug hervorbringt. Von den entwurzelten Bäumen fanden sich einige an Schildern festgeklammert, andere an Balkons geschleudert und ganze Äste in die Wohnungen hineingefegt. Einige leichte Boote wurden aus dem Wasser emporgehoben und sauberlich an's Land gesetzt. Den Jahrmarkt-, „Herkuleßen“ von der Aimes in Asnières entführte der neidige Sturm ihre angeblichen 30—50 Kilogr. Gewichte mit einer beispielnden Leichtigkeit, spielte mit ihnen gleich Bällen herum und ließ sie dann verächtlich nieders fallen. Von den Auslagen, auf die der Sturm stieß, wurde natürlich alles im toßen Wirbel fortgerissen, Kleidungsstücke, Möbel, Heringsfässer, Ossenziemer, Hammelskeulen; eiserne Geräte u. s. w. In einem Pavillon an der Seine bei Saint-Ouen fand man ein ganzes Lager von Kleidungsstücken aller Art, seidenen Kissen, mit Gardinenbüscheln, Kaffeekisten u. s. w. traumlich vermischt vor, während alle Möbelstücke in unbekannte Fernen entführt worden waren.

Berantwortlicher Redakteur Georg Sander in Danzig
Druck und Verlag von A. L. Alexander in Danzig

Schuhmittel.

Special-Preisliste versendet in geschlossenem Couvert ohne Firma gegen Einsendung von 10 Pf. in Marken

H. W. Mielck, Frankfurt a. M.

Nur 30 Pfg. kostet der Danziger Courier für den Monat Juli frei in's Haus.
Nur 20 Pfg. von den bekannten Abholestellen und von der Expedition abgeholt.
Der „Danziger Courier“ ist somit die **allerbilligste** täglich erscheinende Zeitung.
Bestellungen für Monat Juli werden von den Austrägerinnen angenommen.